

EDITORIAL

Politische Visionen für die Europäische Union und Afrika

Anfang 2004 präsentierte die Europäische Kommission das Reformpaket »Agenda 2007«, in dem sie ihre Vorschläge für eine neue Finanzielle Vorausschau für den Zeitraum 2007-2013 und eine Reform der Strukturpolitik der Europäischen Union (EU) definierte.

Eine Verwirklichung dieser »Vision« ist mit den letzten Verhandlungen über den EU-Haushalt gescheitert. Die nationalen Interessen der Staats- und Regierungschefs waren bedeutender als das gemeinsame Ziel, die erweiterte EU handlungs- und wettbewerbsfähiger zu gestalten.

Zukunftsorientierung heißt auch eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Entwicklungsländern. Durchgreifende Reformen, wie etwa die Öffnung der EU-Märkte für ärmere Länder, vor allem des südlichen Afrika, würden die Entwicklungspolitik vieler EU-Staaten glaubwürdiger erscheinen lassen.

EL

IN DIESER AUSGABE

Europäische Fiskalpolitik und »Brittenrabatt« Seite 1/2

Milliarden Dollar Entwicklungshilfe für Afrika Seite 2

Konjunktur 2006 – Prinzip Hoffnung Seite 3

Europas Finanzsysteme in der Weltwirtschaft Seite 4

EU-FINANZPOLITIK

Europäische Fiskalpolitik und »Brittenrabatt«

Tony Blair hat eine überfällige Debatte über die europäische Finanzverfassung angestoßen. Seine Weigerung, den »Brittenrabatt« aufzugeben, wenn nicht gleichzeitig die Agrarausgaben deutlich reduziert werden, um damit Finanzierungsmittel für die neuen Mitgliedstaaten freizumachen, ergänzt sich mit seinem Ziel, im Rahmen der G-8 mehr Mittel für die Unterstützung armer Länder aufzuwenden. *Von Carsten Hefeker*

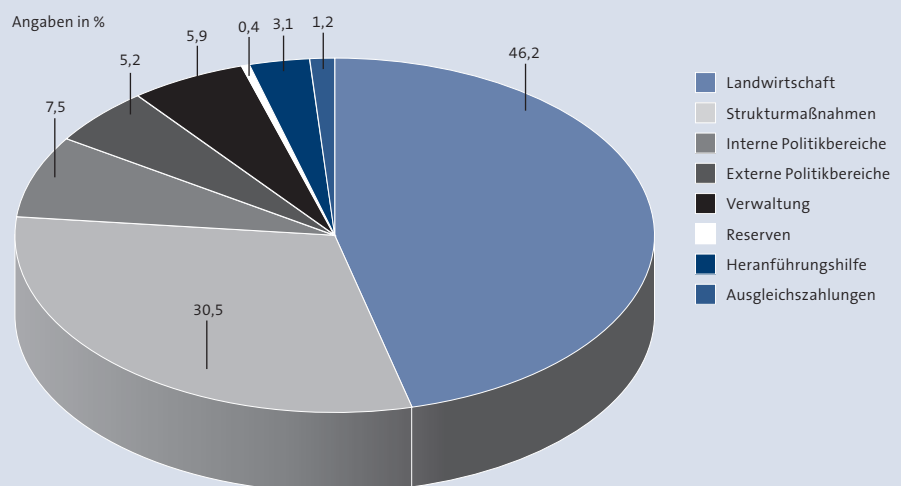
Der Rabatt war einst Margaret Thatcher gewährt worden, weil Großbritannien eines der ärmeren Länder war und nur wenige Mittel aus dem Agrarfonds erhielt. Heute gehört Großbritannien zu den reichen Ländern – mit einem höheren Pro-Kopf-Einkommen nicht nur als Gesamtdeutschland, sondern sogar einem höheren Einkommen als die alten Bundesländer. Ähnlich anachronistisch muten Zahlungen an Irland und Spanien an, die aus den Struktur- und Anpassungsfonds gespeist werden, denn auch sie gehören, nicht zuletzt durch die EU, zu den reichsten der Union.

Daher ist die Position von Blair, wenn er denn wirklich auf seinen Rabatt verzichtet,

begrüßenswert. Man muss sich in der Tat fragen, wie zeitgemäß die europäische Agrar- und Strukturpolitik noch sind. Immer noch fließt der größte Teil des gemeinsamen Budgets in diese Verwendung, wenngleich der prozentuale Anteil von Agrarausgaben von über 70% in der Vergangenheit auf unter 50% gesunken ist (s. Grafik). Dies allerdings nicht, weil man die Zahlungen reduziert hätte, sondern einfach weil alle anderen Zahlungen ausgedehnt wurden. Absolut ist ein stetiges Ansteigen der Agrarmittel zu verzeichnen.

Dies ist nicht zuletzt auch dem beharrlichen französischen Bestreben zu verdanken. Regelmäßig ist es vor allem die Position Frankreichs, und die des ehemaligen

Ausgabenanteile am EU-Budget, 2005



Quelle: Europäische Kommission

Landwirtschaftsministers Chirac, die überfällige Anpassungen verhindert. Falsch verstandene Solidarität der deutschen Regierung mit Frankreich trägt dazu bei, dass diese Position haltbar ist. Unter deutscher Ratspräsidentschaft, auf dem Berliner Gipfel von 1999, schließlich wurde die jetzige Agrarordnung auf Drängen Frankreichs bis ins Jahr 2013 festgeschrieben. Das die anderen Regierungschefs dem zugestimmt haben, ist vermutlich der Tatsache zu verdanken, dass sie davon ausgehen konnten, 2013 ohnehin nicht mehr im Amt zu sein. Mit der Verschiebung der Reform wurden auch die zu erwartenden Widerstände auf die nachfolgenden Regierungen verlagert.

Dabei wäre eine viel radikalere Reform nötig gewesen, als einige kosmetische Anpassungen und die Ausdehnung der Entkopplung von Unterstützungszahlungen und Produktion. Angesichts der bevorstehenden Erweiterung um Länder, die noch stark landwirtschaftlich geprägt sind, war klar, dass die Fortschreibung des Systems nicht bezahlbar sein würde. Die nahe liegende kurzfristige Lösung war, die neuen Mitgliedsländer einfach nicht vollumfänglich am System zu beteiligen. Ein so genanntes "phase in" sieht vor, die neuen Staaten erst nach und nach gleichberechtigt in den Förderumfang aufzunehmen. (Dasselbe gilt übrigens auch für die Ansprüche an Struktur- und Regionalfonds.) Zum damaligen Zeitpunkt war dies die einfachste Lösung, weil die negativ Betroffenen nicht mit am Tisch saßen. Die Aufschiebung der Reformen bedeutet aber auch, dass bei den nächsten Verhandlungen die neuen Mitglieder mit am Tisch sitzen werden und eine Kürzung der Zahlungen entsprechend noch schwerer wird. Die bewährte EU-Taktik, erst einmal alle Entscheidungen zu vertagen, führt somit zu einer immer stärkeren Verhärtung der Strukturen, da mehr Mitglieder nicht mehr Reformbereitschaft aufbringen werden.

Zudem ist die jetzige Verwendung der EU-Mittel nicht unbedingt den zukünftigen Anforderungen an die EU angemessen.

Milliarden Dollar Entwicklungshilfe für Afrika

Was braucht Afrika wirklich: einen Schuldenerlass, freien Handel und/oder Reformen in den von Armut betroffenen Staaten selbst? Nach dem Drängen des englischen Premierministers Tony Blair, unter dem Eindruck der von Bob Geldof angeregten Großveranstaltungen und als Ergebnis der Beratungen im Vorlauf des G-8-Gipfels scheinen ein umfangreicher Schuldenerlass und eine massive Erhöhung der Entwicklungshilfe dringlich. Im Gespräch ist eine Internationale Finanzierungsfazilität für Afrika. Sie soll eine Dimension annehmen, die in der internationalen Entwicklungszusammen-

arbeit alles bisher Bekannte übertrifft. Gefordert wird allein für Afrika bis zum Jahre 2010 jährlich 25 Milliarden US-Dollar Entwicklungshilfe und danach in einer zweiten Stufe bis 2015 zusätzlich 25 Milliarden US-Dollar bereitzustellen. Braucht Afrika diesen Betrag wirklich, oder wird er wie schon frühere Entwicklungshilfeappelle – wie Kritiker behaupten – dem Kontinent mehr schaden als nutzen? Darüber lesen Sie mehr in einem aktuellen HWWI Standpunkt unter: http://www.hwwi.org/publikationen/hwwi-standpunkt/HWWI_Standpunkt07.pdf

Die Lissabon-Agenda mit ihrem Ziel, die EU zum wettbewerbsfähigsten Raum der Welt zu machen, erfordert deutlich mehr Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung. Und auch die Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik erfordert mehr Mittel. Um die EU in diesen wichtigen Bereichen handlungsfähiger zu machen, müssten Mittel umgelenkt werden. Der Reflex der Kommission, einfach nach einer Ausweitung der Zahlungen an die EU zu rufen, ist nicht mehrheitsfähig und auch nur schwer zu begründen. Zukunftsorientierte Politik erfordert andere, aber nicht unbedingt größere Budgets.

Blairs Verteidigung des »Brittenrabatts« ist vor diesem Hintergrund zu rechtfertigen, wenn er es mit einer Forderung nach Reformen verbindet. Dann, und nur dann, ist es auch im Interesse der EU-Bürger. Nach einer Reform würden die Konsumenten deutlich niedrigere Preise für Agrarprodukte bezahlen, wenn die niedrigeren Weltmarktpreise auch in der EU gelten würden. Überdies wird momentan ärmeren Ländern der Zugang zum gemeinsamen Markt verwehrt, was deren Entwicklungschancen erheblich reduziert. Selbst wenn einige Länder, wie dies für die ärms-

ten oft der Fall ist, sich keinerlei Barrieren für den Export in die EU gegenübersehen, so gilt dies nicht für so genannte Schwellenländer. Und die EU-Praxis, die hier aufgehäuften Agrarüberschüsse auf dem Weltmarkt zu weniger als den Herstellungskosten anzubieten – also "Dumping" zu betreiben – vertreibt andere Wettbewerber vom Markt und ruiniert damit deren Entwicklungschancen.

Insofern ist die Position Blairs durchaus konsistent. Wer Entwicklungshilfe ernst meint, muss vor allem den ärmeren Ländern den Zugang zum Markt öffnen und sie nicht mit Hilfe von EU-Mitteln vom Markt fernhalten. Ernstgemeinte Entwicklungshilfe, die gerade so grandios auf dem G-8 Gipfel (auch von Frankreich und Deutschland) wieder betont wurde, wird sehr viel sinnvoller und glaubwürdiger, wenn sie mit einer Reform der Agrarordnung in der EU (und den USA und Japan) verbunden ist. In der EU ist sie zudem überfällig angesichts der Erweiterung und im Hinblick auf eine weitere Vergrößerung der EU. Bleibt zu hoffen, dass sich Tony Blair durchsetzt und dann auch wirklich auf seinen überholten Rabatt verzichtet.

Konjunktur 2006 – Prinzip Hoffnung

Während sich die Weltwirtschaft weiterhin in einem kräftigen Aufschwung befindet, kommt in Deutschland die Erholung trotz deutlich expandierender Exporte kaum voran. Um die Wachstumsschwäche zu überwinden, ist ein umfassendes Reformkonzept notwendig.
Von Eckhardt Wohlers

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist zwar im ersten Quartal dieses Jahres um 1% gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Gegen eine konjunkturelle Wende spricht aber – neben Problemen bei der Arbeitstagesbereinigung – die weiterhin schwache Binnennachfrage. Während sich die Investitionstätigkeit als Folge der verbesserten Absatz- und Ertragsersparungen im Ausland seit dem vergangenen Jahr leicht belebt hat, ist der private Verbrauch nach einem geringfügigen Anstieg in der zweiten Jahreshälfte 2004 in den ersten Monaten dieses Jahres wieder etwas zurückgegangen. Dämpfend wirkten hier vor allem die starke Verteuerung von Energie und die anhaltend ungünstige Lage am Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist immer noch deutlich rückläufig; seit dem letzten Höhepunkt Ende 2000 sind fast 1,7 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verloren gegangen.

Trotz günstiger weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und einer weiterhin expansiven Geldpolitik ist nicht zu erwarten, dass die deutsche Wirtschaft die gegenwärtige Flaute schon bald überwindet. Ein wesentlicher Grund dafür sind die Belastungen durch den hohen Ölpreis. Zudem wird die Aussicht auf Neuwahlen allein noch nicht ausreichen, den von der Politik verursachten Attentismus von Verbrauchern und Unternehmen abzubauen. **Deshalb wird die Konjunktur in Deutschland bis in den Herbst hinein keinen großen Schwung entfalten, und das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr lediglich um 0,7% zunehmen.** Für eine Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt ist das zu wenig. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird weiter sinken. Die Zahl der Arbeitslosen wird – auch wegen der Einbeziehung erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger – mit 4,8 Millionen deutlich höher sein als im Vorjahr.

Zur Überwindung der Wachstumsschwäche ist ein umfassendes Konzept mit weitreichenden Reformen in allen großen Politikbereichen notwendig. Dazu gehören eine große Steuerreform mit einer deutlichen Senkung der Steuersätze bei gleichzeitigem weitgehendem Abbau von Steuerergünstigungen, weitere Schritte in der Rentenversicherung, eine Reform der Krankenversicherung, die sich nicht auf eine Verbesserung der Einnahmesituation beschränkt, sondern vor allem auf Steigerung der Effizienz des Gesundheitswesens gerichtet sein muss, ein forcierter Abbau von Reglementierungen am Arbeitsmarkt und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. **Wenn es der neuen Regierung gelingt, rasch ein von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiertes Reformkonzept vorzulegen, könnte das reale BIP im Jahre 2006 um 1,3% steigen;** dann würde auch die Binnennachfrage wieder einen stärkeren Wachstumsbeitrag leisten.

Eckdaten der Prognose für Deutschland
 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2002	2003	2004	2005	2006
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,2	0,0	1,6	0,7	1,3
Private Konsumausgaben	-0,4	0,3	-0,1	0,1	0,7
Konsumausgaben des Staates	1,7	-0,4	-0,7	-0,2	-0,3
Anlageinvestitionen	-6,1	-1,7	-0,5	-0,4	2,6
Ausrüstungen	-7,5	-0,2	2,3	3,9	5,6
Bauten	-5,8	-3,3	-2,6	-4,0	-0,2
Sonstige Anlagen	1,4	3,6	1,0	3,4	5,8
Inlandsnachfrage	-1,8	0,7	0,5	-0,3	1,3
Ausfuhr	4,6	1,8	9,0	4,5	4,8
Einfuhr	-1,0	4,2	6,7	2,3	4,7
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	-0,6	-1,0	0,4	0,4	0,4
Arbeitslose (Mill. Personen)	4,06	4,38	4,38	4,82	4,65
Arbeitslosenquote ² (in %)	9,4	10,2	10,2	11,0	10,6
Verbraucherpreise (in %)	1,4	1,1	1,6	1,7	1,5
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-3,6	-3,8	-3,6	-3,6	-3,2
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	2,2	2,1	3,8	3,8	3,9

¹ Preisbereinigt (auf Basis der neuen VGR). – ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2005 und 2006: Prognose des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA)

Für Hamburg stellt sich die konjunkturelle Situation etwas besser dar als im Bundesdurchschnitt. Hamburg profitiert in besonderem Maße von den günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Zum einen über den Hafen, zum anderen als Zentrum für den Außenhandel und damit verbundener Dienstleistungen. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr, der ein Viertel zur Bruttowertschöpfung beisteuert, im Jahre 2004 mit 5,1% deutlich stärker expandierte als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Dass das Wachstum des realen BIP gleichwohl mit 1,4% etwas hinter dem Bundestrend (+1,6%) zurückblieb, ist allein auf Sonderfaktoren zurückzuführen. Da diese an Gewicht verlieren, wird das reale BIP in diesem und wohl auch im nächsten Jahr in Hamburg wieder stärker wachsen als in Deutschland insgesamt.

Europas Finanzsysteme in der Weltwirtschaft

Mit der Euro-Einführung und Entwicklung eines Binnenmarktes für Finanzdienstleistungen in Europa ist das Interesse weltweit an den Finanzstrukturen und -institutionen in der Region gewachsen. In einem Lehrbuch mit dem Titel "European Financial Systems in the Global Economy" beschreibt die Autorin Beate Reszat neue Wege in der Vermittlung dieser komplexen Materie und gibt einen Überblick über Grundlagen und Perspektiven europäischer Finanzsysteme in der Weltwirtschaft. Von Beate Reszat

Für eine Behandlung europäischer Finanzsysteme in Zeiten der Globalisierung sprechen mehrere Gründe: **Der erste fällt unter das Stichwort „aus der Geschichte lernen“.** Viele Merkmale heutiger Finanzsysteme haben ihre Wurzeln in Entwicklungen des europäischen Mittelalters und der frühen Neuzeit. Das gilt z.B. für Anleihen- und Aktienmärkte, den Terminhandel und die Gründung von Zentralbanken.

Der zweite Grund ist Vielfalt. Die Finanzsysteme der Region bieten Gelegenheit, ein breites Spektrum von Regeln, Institutionen und Verfahrensweisen zu studieren. Nirgendwo lässt sich der Unterschied zwischen Universal- und Spezialbankensystemen, strikter Regulierung und laissez-faire und den Konsequenzen unterschiedlicher Rechts- und Wirtschaftssysteme für die Effizienz von Finanzsystemen – aber auch umgekehrt deren Einfluss auf die Leistungsfähigkeit und Wachstumsperspektiven von Volkswirtschaften – besser am praktischen Beispiel analysieren.

Der dritte Grund ist Einzigartigkeit. Damit ist nicht nur die Europäische Währungsunion, dieses einmalige Experiment in der Geschichte der Weltwirtschaft gemeint, sondern etwa auch die Tatsache, dass mit dem europäischen Binnenmarktprogramm der weltweit größte einheitliche Markt für Finanzdienstleistungen im Entstehen begriffen ist. Europa besitzt mit London das in vielerlei Hinsicht größte internationale Finanzzentrum. Die Europäische Zentralbank ist eine der führenden Zentralbanken in der Welt. Der Euro ist hinter dem US-Dollar die zweitwichtigste Währung weltweit. Aber Europa ist auch noch in anderer Hin-

sicht einzigartig: Die Erfahrungen, die hier mit der Integration von Staaten in ein bestehendes System der Kooperation im Finanz- und Währungsbereich gewonnen wurden, und die Herausforderungen, die es dabei zu bewältigen galt – und gilt – können anderen Regionen mit vergleichbaren Ambitionen als Beispiel dienen.

Was unterscheidet Europas Finanzsysteme und -strukturen von anderen? Im Buch werden zunächst Marktstrukturen dargestellt. Dazu wird eine Finanzmarkttypologie entwickelt, die eine Einteilung in nicht-handelbare Finanzprodukte, Wertpapiere und Derivate vornimmt. Bei den Finanzsystemen werden die bankbasierten Systeme Kontinentaleuropas den angelsächsischen market-based systems gegenübergestellt und es wird ein Überblick über Finanzsysteme Osteuropas im Wandel gegeben. Ein dritter Abschnitt behandelt sogenannte externe Märkte. Das sind zum einen die Euromärkte, die sich einer nationalstaatlichen Einflussnahme weitgehend entziehen. Zum anderen zählen dazu die europäischen Offshore-Zentren und nicht zuletzt die zunehmenden virtuellen Finanzmarktaktivitäten.

Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit der Bedeutung der europäischen Finanzmärkte und -systeme in der Weltwirtschaft. Im Mittelpunkt stehen hier vier Aspekte: die Rolle der europäischen Banken, die Wertpapierbörsen, die Verfügbarkeit von Wagniskapital und der Bereich der Zahlungsabwicklung, Abrechnung und Erfüllung von Finanzgeschäften. Im Anschluss daran wendet sich die Aufmerksamkeit den Preisbildungsmechanismen an den Fi-

nanzmärkten und den dahinterstehenden Strategien und Motiven zu. Dem liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich auch hier regionale Unterschiede zeigen. Ein vielzitiertes Beispiel ist die geringere Risikofreudigkeit europäischer Sparer und Investoren im Vergleich zu jenen in den USA, die etwa darin zum Ausdruck kommt, dass in Europa im Durchschnitt der Anteil der Bankeinlagen höher ist und mehr Geld in Lebensversicherungen und weniger in Investmentfonds und Wertpapieren angelegt wird. Beschrieben werden Mechanismen unterschiedlicher Handlungsstrategien wie Diversifizierung, Hedging und Arbitrage und die Rolle verschiedener Arten von Erwartungsbildung mit Hilfe von Fundamental- und technischen Analysen.

Das letzte Kapitel beschäftigt sich mit Politikthemen. Hier wird zum einen auf die Ziele der Politik und den Zusammenhang zwischen Finanzmärkten und Wirtschaftstabilität sowie Finanzmärkten und Wirtschaftswachstum eingegangen. Zum anderen werden verschiedene Aspekte der Politikkooperation allgemein und am Beispiel Europas diskutiert. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich dabei auf die Frage, inwieweit die Einführung der Gemeinschaftswährung zu einer Finanzmarktintegration in Europa beigetragen hat und wie es zu erklären ist, dass die diesbezügliche Entwicklung bislang hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.

LITERATUR

Beate Reszat: European Financial Systems in the Global Economy, Wiley Verlag, Chichester 2005